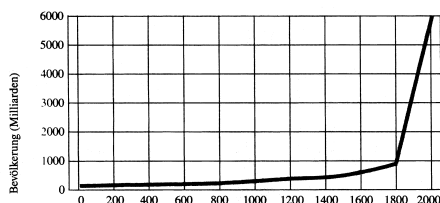




Die Vereinten Nationen und Bevölkerungsfragen

Bis zum Jahr 2050, so schätzt der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), wird die Weltbevölkerung auf eine Zahl zwischen 7,3 und 10,7 Milliarden Menschen anwachsen, wobei die mittlere Variante von 8,9 Milliarden die wahrscheinlichste sei. Zu Beginn unserer Zeitrechnung vor 2000 Jahren gab es etwa 250 Millionen Menschen auf der Erde. Als Kolumbus die neue Welt entdeckte, waren es 450 Millionen, zu Zeiten von Kant, Goethe und Napoleon gab es noch immer weniger als eine Milliarde Menschen. Für das Jahr 1800 wird die Zahl auf 980 Millionen geschätzt. Um 1900 waren es 1,65 Milliarden, um 1950 dann 2,52 Milliarden und um 1960 dann 3,02 Milliarden Menschen. Seither hat sich die Weltbevölkerung auf mehr als sechs Milliarden Menschen verdoppelt, und sie wächst derzeit um ca.80 Millionen Menschen pro Jahr. Die Dynamik dieses Bevölkerungswachstums hat sich in den vergangenen 30 Jahren verlangsamt, und der Trend zur Verlangsamung wird voraussichtlich in den kommenden Jahrzehnten anhalten. Dennoch wird die Weltbevölkerung noch mindestens bis zur Mitte dieses Jahrhunderts anwachsen, da viele Länder heute eine sehr junge Bevölkerung haben.

Bevölkerungsentwicklung, 1 - 2000 n.Chr.



Aus: eine Welt-Presse, Nr. 1, 1994, S. 2,
Hrsg. von DGVN, Bonn.

Was bedeutet diese demographische Entwicklung für die sozialen Verhältnisse der Menschen und für die Umwelt? Wird es genug Nahrungsmittel geben? Reichen die Süßwasservorräte aus, die Anbauflächen und die Rohstoffe? Wird es gewaltsame Konflikte um Lebensräume geben? Wie steht es mit der Lebensqualität in den wei-

ter wachsenden Megastädten? Hat die Erde überhaupt genügend Ressourcen für eine ständig wachsende Bevölkerung? Ende des 18. Jahrhunderts, als es knapp eine Milliarde Menschen gab, beantwortete der englische Geistliche Thomas R. Malthus in seinem „Essay on the Principle of Population“ diese Frage mit „nein“. Er stellte die These auf, dass sich die Vermehrung des Menschen in geometrischer Progression (2-4-8-16) vollziehe, die der Nahrungsmittel jedoch in arithmetischer Progression (2-4-6-8). Die Folge sei ein „Wettlauf zwischen Storch und Pflug“ – es sei denn Krieg, Hunger und Seuchen dezimierten die Menschheit oder sie übe Selbstbeschränkung. Malthus Berechnungen sind längst überholt, die Fragen nach den Grenzen des Bevölkerungswachstums sind geblieben.

Mit der Schlüsselfrage „wie viele Menschen trägt die Erde?“, befassen sich die Vereinten Nationen seit ihrer Gründung. Im Mittelpunkt der UN-Aktivitäten, die sich mit den Bevölkerungsfragen beschäftigen, stehen folgende Institutionen:

UN- Kommission für Bevölkerung und Entwicklung

Als Beratungs- und Aufsichtsorgan für die Bevölkerungsaktivitäten innerhalb des Systems der Vereinten Nationen fungiert die Kommission für Bevölkerung und Entwicklung der Vereinten Nationen (Commission on Population and Development oder kurz 'Population Commission'). Sie beobachtet die Tendenzen der Weltbevölkerungsentwicklung und die bevölkerungspolitischen Maßnahmen, berät über das laufende und künftige Arbeitsprogramm der Bevölkerungsabteilung und gibt ihre Empfehlungen an den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Ihr gehören 47 Mitgliedsländer an, darunter auch Deutschland.

Als Sekretariat der 'Population Commission' wurde 1946 die UN-Bevölkerungsab-

teilung (UN Population Division) ins Leben gerufen. Eine ihrer Hauptaufgaben ist es, Daten zu den wichtigsten demographischen Bestimmungsfaktoren zu sammeln und wissenschaftlich auszuwerten. Seit 1950 erstellt die UN-Bevölkerungsabteilung Schätzungen zur Entwicklung der Weltbevölkerung. Sie umfassten zunächst den Zeitraum bis zum Jahr 2025, seit 1994 wurden sie bis zum Jahr 2050 ausgedehnt. Langzeitprojektionen bis zum Jahr 2100 wurden 1980 durchgeführt, 1991 wurde deren Zeitraum bis zum Jahre 2150 ausgedehnt. Anhand der Annahmen über die Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung werden für jedes Land Berechnungen angestellt und diese für die Weltregionen und die gesamte Welt zusammengefasst. Diese Annahmen werden anhand neuer statistischer Ergebnisse über die tatsächliche Bevölkerungszahl sowie der beobachteten Ergebnisse zur Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung etwa alle zwei Jahre überprüft und revidiert und die daraus resultierenden Zahlen als so genannte ‚Revisions‘ veröffentlicht. Die letzte Revision ist die von 2000.

Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Fund for Population Activities)

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Fund for Population Activities, UNFPA, 1987 bei gleichbleibender Abkürzung in United Nations Population Fund umbenannt) ist der größte international finanzierte Geldgeber für Bevölkerungsprogramme in Entwicklungsländern. Unter dem Eindruck der rasch wachsenden Weltbevölkerung in den 60er Jahren verabschiedete die Generalversammlung 1966 einstimmig eine Resolution, in der die Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen aufgefordert wurden, Projekte auf dem Gebiet der Bevölkerung zu unterstützen. Es erfolgte die Gründung des Trust Fund for Population Activities, der 1969 in United Nations Fund for Population Activities umbenannt wurde.

Der Bevölkerungsfonds finanziert sich fast ausschließlich aus freiwilligen Beiträgen einzelner Regierungen. 1999 betragen die

Einnahmen 249,2 Mio. US-\$, gegenüber 280,6 Mio. US-\$ im Jahre 1998. In den meisten Fällen werden die Zahlungszusagen jeweils für ein Jahr abgegeben. Die Bundesrepublik Deutschland gewährte im Jahr 2000 einen Zuschuss von 20 Mio. DM; 1999 hatte er noch 40 Mio. DM betragen.

Mit diesen Geldern unterstützt der Bevölkerungsfonds rund 4 000 Projekte, die aber zu einem erheblichen Teil von anderen UN-Organisationen durchgeführt werden. Nur ein kleiner Anteil der Projekte steht unter unmittelbarer Trägerschaft des Bevölkerungsfonds. Weitere Zuschüsse werden gegeben für Regierungsprojekte der Empfängerländer sowie Projekte anderer staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, bei letzteren vor allem die International Planned Parenthood Federation (IPPF) mit Sitz in London.

Der Bevölkerungsfonds wird seit 2000 von Exekutivdirektorin Thoraya A. Obaid aus Saudi-Arabien geleitet. Von 1987 – 2000 stand Nafis Sadik aus Pakistan an der Spitze von UNFPA. Seit 1972 fungiert der Verwaltungsrat (Governing Council) des UNDP als Vorstand des Fonds.

Arbeitsbereiche und Themenschwerpunkte des UN-Bevölkerungsfonds

„... we have transformed population from a marginal and controversial issue to one of the building blocks of development. We have helped move the field from primarily demographic concerns towards a focus on human rights and from a concern with numbers to a concern for individuals.“ So hatte Nafis Sadik den Wandel der Aufgaben von UNFPA in den vergangenen 30 Jahren beschrieben. Die Durchsetzung der Menschenrechte und insbesondere das in der Proklamation von Teheran (13. Mai 1968, Abs. 16) festgeschriebene Recht der Eltern, Zahl und Geburtsabstände ihrer Kinder frei und verantwortlich zu bestimmen, und die Beschlüsse der Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994 (Conference on Population and Development = ICPD) stellen die Grundlagen der Aktivitäten von UNFPA dar.

Reproduktive Rechte, reproduktive Gesundheit und Familienplanung

Aus den allgemeinen Menschenrechten leiten sich grundlegende reproduktive Rechte ab. Der gesamte

Bereich der reproduktiven Gesundheit – medizinische Betreuung von Schwangerschaft und Entbindung, Gesundheitsprogramme für Mütter und Kinder, Aufklärung über Verhütungsmöglichkeiten und Zugang zu Verhütungsmitteln – wird heute in fast allen Ländern unter die Kategorie der Menschenrechte subsumiert. Die Durchsetzung dieser Rechte kommt aber nur langsam voran. Von den rund 130 Millionen Entbindungen pro Jahr werden nur etwa 60 Millionen von geschulten Geburtshelfern betreut. Fast 600.000 Frauen sterben jedes Jahr bei der Entbindung bzw. infolge von Schwangerschaftskomplikationen. Zu geringe Abstände zwischen den Geburten, zu frühe Schwangerschaften und zu häufige Schwangerschaften sind die Hauptgründe. 350 Millionen Frauen in Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu wirksamen Methoden der Familienplanung.

Müttersterblichkeit, sexuell übertragbare Krankheiten, HIV/AIDS

Komplikationen während der Schwangerschaft sind ein weltweites Problem, jedoch sind die meisten Fälle von Müttersterblichkeit in den Entwicklungsländern zu verzeichnen. Das Risiko einer Afrikanerin, an den Folgen einer Schwangerschaft zu sterben, ist 50-100 mal höher als das einer Skandinavierin. Armut, Unterernährung und Blutarmut bilden einen Teufelskreis von Faktoren, die das Risiko von Schwangerschaftskomplikationen erhöhen. Die Zahl der unsachgemäßen Abtreibungen wird jährlich auf 20 Millionen geschätzt. Rund 70.000 Frauen und Mädchen sterben daran, und die Dunkelziffer ist gross. Mehr als 90% der Todesfälle entfallen auf die Entwicklungsländer. In Lateinamerika



Der Schutz der reproduktiven Rechte und die Förderung von Familienplanung sind grundsätzliche Ziele des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen. UNFPA setzt sich dafür ein, dass internationale Vereinbarungen über reproduktive Rechte eingehalten werden, und sie organisiert im Abstand von rund zehn Jahren Weltbevölkerungskonferenzen, auf denen die Weltgemeinschaft Bilanz ziehen und neue Ziele formulieren kann. Bei der Aufklärung über reproduktive Gesundheit und Möglichkeiten der Familienplanung, der Beratung von Jugendlichen, der Bereitstellung von Verhütungsmitteln etc. spielen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und die Institutionen der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Dies wurde bei der letzten Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo überaus deutlich.

sind die Hälfte aller Fälle von Müttersterblichkeit auf unsichere Abtreibungen zurückzuführen.

Weltweit treten in jedem Jahr ca. 333 Millionen neuer Fälle sogenannter „sexuell übertragbarer Krankheiten“ auf. Jugendliche im Alter von 15-24 Jahren haben ein extrem hohes Infektionsrisiko. Der Anteil der betroffenen Frauen ist um ein fünffaches höher als der der Männer. Frauen infizieren sich leichter mit diesen Krankheiten und sind auch deren Auswirkungen stärker ausgesetzt (Sepsis, Früh- und Todgeburten etc.) In den Entwicklungsländern ziehen sich 50-60% aller Frauen Infektionen der Fortpflanzungsorgane zu. Sexuell übertragbare Krankheiten bahnen dem HI-Virus den Weg und erhöhen das Infektionsrisiko mit HIV/AIDS außerordentlich.

Im Jahr 2000 waren weltweit 36,1 Millionen Menschen mit dem HI-Virus infiziert. Dramatisch ist die Infektionsrate in den Ländern Afrikas südlich der Sahara. Dort tragen 25,3 Millionen Menschen das HI-Virus in sich. Eine extreme Zuwachsrate von Infektionen weisen die Länder Osteuropas und Zentralasiens auf. Dort stieg die Zahl der Infizierten von 420.000 Menschen im Jahr 1999 auf 700.000 im Jahr 2000. Experten sind sich einig, dass die gelegentlich geäußerte Ansicht, AIDS verlangsamt das Bevölkerungswachstum, falsch sei. Als wesentliche Folgen von AIDS zeichnen sich ab: eine sinkende Lebenserwartung infolge erhöhter Sterblichkeit von Säuglingen und jungen Erwachsenen, eine Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums durch vermehrte Sterbefälle in der wirtschaftlich produktiven Altersgruppe der Bevölkerung und einschneidende soziale Veränderungen, da vorwiegend junge Menschen sterben.

Jugendliche unter 24 Jahren und Frauen gehören zu den am stärksten gefährdeten Gruppen. Frauen und Jugendliche sind oft nicht in der Lage, frei und gleichberechtigt über ihre Sexualkontakte zu entscheiden. Wirtschaftliche Abhängigkeiten, traditionelle Praktiken, Tabus, sexueller Missbrauch und Gewalt hindern sie daran, „safer sex“ gegenüber ihrem Sexualpartner zu fordern. Aufklärung und die Angebote der Gesundheitsdienste haben wenig Erfolg, wenn Männer keine Kondome benutzen und riskante Sexualpraktiken durchsetzen. Die Verwirklichung der Selbstbestimmung der Frauen ist deshalb die entscheidende Voraussetzung für eine wirksame AIDS-Bekämpfung.

Stärkung der Rolle der Frau

Die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen und ihre Entscheidungsfreiheit in Fragen der Fortpflanzung kann nicht isoliert von Bildungsstand, wirtschaftlicher Abhängigkeit und sozialer Benachteiligung betrachtet werden. Fertilität und Bildungsstand der Frauen sind eng miteinander verknüpft. Ein hoher Bildungsstandard von Frauen geht mit einer stärkeren Anwendung von Mitteln der Familienplanung, mit niedrigen Fruchtbarkeitsraten und mit kleineren Familien einher. So hatten z.B. 1998 in Tunesien Frauen ohne Schulbildung im Durchschnitt 4,2 Kinder, solche mit höherer Schulbildung oder Studium 1,6 Kinder.

Seit der Weltbevölkerungskonferenz 1994 gibt es eine breite Übereinstimmung über die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter. „Empowerment“, d.h. die Stärkung der rechtlichen, sozialen, wirt-

schaftlichen und politischen Stellung der Frauen wird als Schlüssel für die Durchsetzung eines selbstverantworteten reproduktiven Verhaltens angesehen. Von den 300 Millionen Kindern, die keine Schulbildung erhalten, sind allerdings nach wie vor zwei Drittel Mädchen, und zwei Drittel der weltweit 880 Millionen Erwachsenen, die nicht lesen und schreiben können, sind Frauen.

Demographische Trends und Entwicklungen

Die UN Population Division und UNFPA untersuchen das Bevölkerungswachstum und analysieren Bevölkerungsstrukturen weltweit sowie in einzelnen Regionen. Die Ergebnisse werden u.a. von UNFPA jährlich im Weltbevölkerungsbericht (The State of the World Population) veröffentlicht. Zu den markantesten Entwicklungen, die dort beschrieben wurden, gehören:

Alter und Jugend

Die Weltbevölkerung altert. In den meisten Ländern war der Anteil der über 60jährigen Menschen noch nie so hoch wie heute. Auf der Welt leben heute mehr als 578 Millionen Menschen über 60 Jahre. Heute ist die Alterung vor allem in den Industriestaaten augenfällig, doch im Jahr 2030 werden 75% der über 60jährigen in Entwicklungsländern leben. Eine bessere medizinische Versorgung erhält das Leben an beiden Enden der Alterskala: die Säuglingssterblichkeit ist rasch gesunken, und die Menschen leben länger. In Verbindung mit niedriger Fertilität steigt deshalb der Anteil älterer Menschen. In allen Ländern wird es deshalb in den nächsten Jahren zu einer veränderten Altersstruktur kommen

Auch die Altersgruppe der Jugendlichen ist heute größer als je zuvor. Weltweit gibt es 1,05 Milliarden Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. In dem Zeitraum von 1998 und 2010 werden in den Entwicklungsländern 700 Millionen junger Menschen ins erwerbsfähige Alter kommen. Nach Berechnungen von UNFPA sind dies mehr als die gesamte Erwerbsbevölkerung in den Industriestaaten im Jahre 1990.

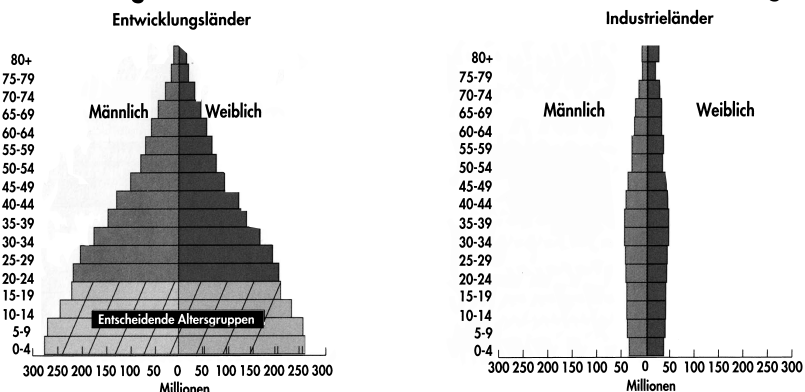
Die Auswirkungen beider Entwicklungen sind dramatisch. Die starke Zunahme der jungen und der alten Bevölkerung bedarf hoher Investitionen im sozialen, gesundheitspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Bereich, die vor allem in Entwicklungsländern durch öffentliche Mittel durch die bestehenden Sozialsysteme alleine nicht finanzierbar sind. Der Mangel an Arbeitsplätzen für junge Menschen in den Ländern der Dritten Welt wird den Migrationsdruck auf die Industrieländer erhöhen.

Für die Industrieländer stellt sich die Frage, ob sich durch Zuwanderung eine Schrumpfung der Bevölkerung insgesamt oder der im erwerbsfähigen Alter vermeiden lässt. Die Antwort der UN-Demographen auf diese Frage in einer im Jahr 2000 erschienenen Studie lautet: „nein“. Durch die sogenannte Bestandserhaltungsmigration alleine könne man die Probleme der demographischen Alterung in den Industriestaaten nicht lösen.

Regionale Trends: das Beispiel China

China ist das bevölkerungsreichste Land der Erde. Bei seiner ersten Volkszählung 1949 lebten in China 541,67 Millionen Menschen. Von staatlicher Seite durch eine pronatalistische Politik ermun-

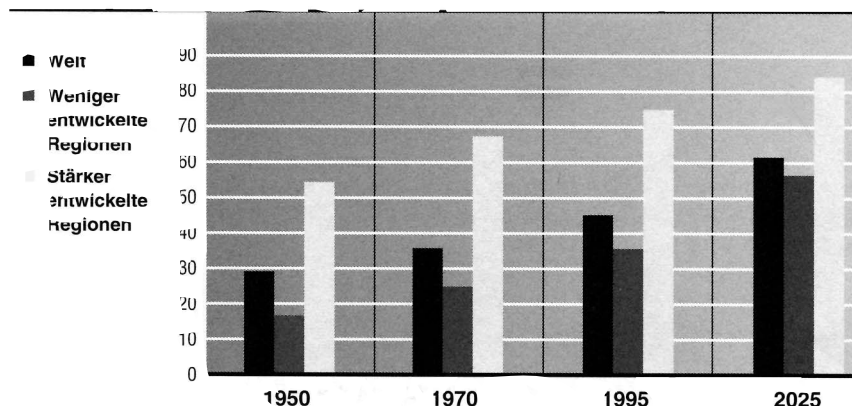
Bevölkerung nach Alter und Geschlecht: Industrie- und Entwicklungsländer



Quelle: UN-Bevölkerungsabteilung, 1998

Aus: DSW, Weltbevölkerung, 1998, Soziale und demographische Daten zu den Ländern aus Regionen der Welt. (Folder)

Anteil der städtischen Bevölkerung (in %)



Weltbevölkerungsbericht 1996. Welt im Wandel. Bevölkerung, Entwicklung und die Zukunft der Stadt, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V., S. 25

tert vermehrte sich die Bevölkerung in nur fünfzehn Jahren auf 700 Millionen Menschen. Nachdem die Folgen des Bevölkerungsdrucks erkannt worden waren, zog man die Notbremse und setzte konsequent auch mit rigiden Methoden die Politik der Ein-Kind-Familie durch. Die Folgen dieser Politik bewirken in Kombination mit dem Anstieg der Lebenserwartung einen tiefgreifenden demographischen Wandel und eine starke Alterung der chinesischen Bevölkerung.

Nach Berechnungen der Weltbank werden im Jahr 2020 in China die über 60jährigen 16% der Bevölkerung ausmachen. Der Anteil der Alten wird dann fast so hoch sein wie in den Industriestaaten um 1990 (18,9%). Diese hatten fast 100 Jahre gebraucht, bis sich ihr Altenanteil verdoppelte. Die chinesische Gesellschaft muss diesen demographischen Übergang in 35 Jahren verkraften, während die Nachbarstaaten noch relativ junge Bevölkerungen haben. So beträgt der Altenanteil (über 60 Jahre) z.B. in Vietnam 9% und in Indien 10,3%. Eine geradezu dramatische Alterung sei – so die Weltbank – in den chinesischen Städten zu erwarten, da dort im Unterschied zu den ländlichen Gebieten, in denen zwei Kinder erlaubt sind, die Ein-Kind-Politik strikt durchgesetzt worden ist.

Nach den Prognosen der Weltbank wird die Zahl der über 60jährigen in den Ballungszentren von 14,8% (1990) auf 47,3% steigen. Diskutiert werden die Folgen in China heute schon als das 1-2-4-Phänomen – ein Kind werde zwei Eltern und vier Großeltern zu versorgen haben. Gleichzeitig könnte sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen, und China hätte dann die sozialen Kosten eines heutigen Industriestaates, aber nur das Bruttosozialprodukt eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes.

Migration und Verstädterung

Heute gibt es nach Angaben der International Organization for Migration (IMO) insgesamt 150 Millionen transnationale Migranten. Zählt man die Binnenmigranten innerhalb eines Staates hinzu, steigt die Zahl um ein Vielfaches. Allein in China werden 150 Millionen Binnenmigranten gezählt. Auch die International Labour Organization (ILO) hat darauf hingewiesen, dass mit einem anhaltenden Wachstum der Migrationsströme zu rechnen sei. Die Globalisierung fördert diesen Trend. „In einer Welt von Gewinnern und Verlierern verschwinden die Verlierer nicht einfach so – sie versuchen ihr Glück woanders“ heisst es in einer ILO-Studie.

Aber nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen verlassen Menschen ihre Heimat. Belastungen der Natur und Umweltzerstörungen wie z. B. in der Sahelzone und am Horn von Afrika sowie politische Konflikte sind weitere Ursachen für grenzüberschreitende Wanderungsbewegungen. Die zehn wichtigsten Einwanderungsländer sind die USA, Indien, Pakistan, Frankreich, Deutschland, Kanada, Saudi Arabien, Australien, Großbritannien und der Iran. Seit den sechziger Jahren hat sich der Fluss der legalen Zuwanderer aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer vervierfacht. Drei Viertel der Migranten nach Nordamerika stammen aus Ländern der Dritten Welt, vor allem aus Lateinamerika und Asien; in Europa sind es etwa die Hälfte.

Etwa 2% der Weltbevölkerung lebt derzeit außerhalb des Heimatlandes. Im Vergleich zu internen Wanderungsbewegungen ist das Ausmaß der grenzüberschreitenden Migration gering, wenn auch ihre Auswirkungen weitreichender sind. Die meisten Migranten in Entwicklungsländern ziehen

in die Städte. 1950 lebten von je hundert Menschen nur 29 in Städten. Bis 1990 hatte sich die städtische Bevölkerung mehr als verdreifacht und es lebten nun von je hundert Menschen 45 in Städten. Inzwischen gibt es 20 Riesenstädte mit mehr als 8 Millionen Einwohnern. 14 davon liegen in Entwicklungsländern. In den neunziger Jahren entfielen 83% des Weltbevölkerungswachstums auf die Städte. Der Trend hält an, und die Städte wuchern chaotisch mit großen Gefahren für die Menschen und die Umwelt.

Informationen über das Thema Bevölkerung

„Bevölkerung und Entwicklung“ Informationsdienst der DGVN, erscheint 3 x pro Jahr. Zu bestellen bei: DGVN, Poppelsdorfer Allee 55, 53115 Bonn, Tel.: 0228-9490015, Fax: 0228-217492, homepage: <http://www.dgvn.de>
Die DGVN gab bis 1998 den Weltbevölkerungsbericht (The State of the World Population) in deutscher Sprache heraus. Bezug über UNO-Verlag, Am Hofgarten 10, 53113 Bonn.
„DSW-Info“ hrsg. von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW), Göttinger Chaussee 115, 30459 Hannover; Tel. 0511-9437314; Fax: 0511-2345052, homepage: <http://www.dsw-online.de>
Die DSW gibt seit 1999 den Weltbevölkerungsbericht (The State of the World Population) in deutscher Sprache heraus.

„Migration und Bevölkerung“, Newsletter des Fachbereichs Bevölkerungswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Tel: 030-2093-1918; Fax: 030-2093-1432

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Postfach 5528, 65180 Wiesbaden, Tel.: 0611-752235, homepage: <http://www.bib-demographie.de>

Informationen bei den Vereinten Nationen unter:
<http://www.un.org/esa/population>
HYPERLINK „<http://www.un.org/popin>“
<http://www.un.org/popin>
<http://www.unfpa.org>

Text: Anna-M. Brassel, DGVN
Redaktion: Karin Adelman
Stand: August 2001